

**Arbeit der Gerasdorfer Stadtregierung
zur Erfüllung des Auftrags aus der Volksbefragung 2015,
der Verhinderung des Bodenaushubdeponie-Hügels in Gerasdorf**

3 MÖGLICHKEITEN ZUR UNTERSTÜTZUNG

Bei Interesse kann die Arbeit der Stadtregierung auf folgende Weise unterstützt werden:

Beteiligung an Gesprächen über Nachnutzungs-Alternativen

Neben der Beteiligung der Stadtgemeinde am laufenden Genehmigungsverfahren durch rechtskundige und fristgerechte Eingaben ist der beste und wichtigste Weg zur Verhinderung der Bodenaushubdeponie die Erarbeitung einer alternativen Nachnutzung zusammen mit den Projektwerbern. Ideen für derartige Alternativen sind ebenso willkommen wie die Kontaktaufnahme mit den gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Stadtgemeinde oder dem Mediator für die Dauer dessen Engagements.

Abklärung rechtlich relevanter Argumente

Wenn die Vermutung besteht, dass weitere für das behördliche Genehmigungsverfahren allenfalls rechtlich relevante Argumente noch berücksichtigt werden sollten, ist der beste Weg eine direkte Abklärung mit Umwelt-GR Christian Koza, der über den Überblick zur rechtsfreundlichen Beratung und Begleitung sowie zu den Sachverständigen-Aktivitäten im Interesse der Stadtgemeinde verfügt.

Regelmäßige Information an die Bürgerinnen und Bürger

Sowohl auf der wirtschaftlich-politischen als auch auf der rechtlichen Ebene gibt es viele Zwischenschritte, für die sich viele Bürgerinnen und Bürger interessieren. Die Stadtregierung informiert dazu laufend und regelmäßig mit größtmöglicher Transparenz. Eine Unterstützung bei der Verbreitung aktueller Informationen, bei der Sammlung von Fragen und der Information über die Antwortung wäre im Sinne der Gerasdorferinnen und Gerasdorfer.

*Abg. Vbgm. Lukas Mandl, StR Jürgen Trimmel
GR Thomas Puchter, GR Roman Scheider*